



C(Extr.)/32/3

ORIGINAL: englisch

DATUM: 17. Februar 2015

**INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN**

Genf

**DER RAT****Zweiunddreißigste außerordentliche Tagung  
Genf, 27. März 2015**

PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DER „VORLÄUFIGEN BESTIMMUNGEN DES BUCHES VIER  
,PFLANZENSORTEN‘ DES GESETZES NR. 82 VON 2002 ÜBER DEN SCHUTZ  
DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS“ ÄGYPTENS  
MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS

*vom Verbandsbüro erstelltes Dokument*

*Haftungsausschluß: dieses Dokument gibt nicht die Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder*

1. Mit Schreiben vom 3. November 2014 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr Ahmed Agiba, Leiter der Zentralen Verwaltung für Saatgutprüfung und Zertifizierung („*Central Administration for Seed Testing and Certification*“ CASC) unter dem Landwirtschaftsministerium um Prüfung der „Vorläufigen Bestimmungen des Buches Vier ‚Pflanzensorten‘ des Gesetzes Nr. 82 von 2002 über den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums“ („Gesetzentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens („Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine von der CASC bereitgestellte englische Übersetzung des Gesetzentwurfs.

**HINTERGRUND**

2. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

3. Die Regierung Ägyptens leitete das Verfahren für den Beitritt zum Verband im Oktober 1999 ein. Am 17. Oktober 1999 ersuchte Dr. Yossuf Wally, Stellvertretender Premierminister und Minister für Landwirtschaft und Landgewinnung, den Rat der UPOV um Stellungnahme zur Vereinbarkeit des Entwurfs einer Ministerialverordnung über Sortenschutz (nachstehend der „Verordnungsentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.

4. Der Rat entschied auf seiner dreiunddreißigsten Tagung vom 20. Oktober 1999 in Genf:

„a) der Regierung Ägyptens mitzuteilen, daß der Entwurf einer Ministerialverordnung über Sortenschutz (der Verordnungsentwurf) nach Ergänzung durch Bestimmungen, die die in den Absätzen 12 und 22 des Dokuments C/33/16 erwähnten Aspekte erfüllen sollen, die Grundlage für ein Gesetz bieten werde, das mit der Akte von 1991 vereinbar ist;

b) das Verbandsbüro zu ersuchen, der Regierung Ägyptens in bezug auf die unbedeutenderen zusätzlichen Bestimmungen, die für die Vereinbarkeit erforderlich sind, seine Unterstützung anzubieten;

c) der Regierung Ägyptens ferner mitzuteilen, daß sie nach der Ausarbeitung einer Verordnung aufgrund des Verordnungsentwurfs und nach Aufnahme der in den Absätzen 12 und 22 des Dokuments C/33/16 dargelegten Anregungen eine Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen könne.

5. Das Verbandsbüro wurde von der Annahme des Gesetzes Nr. 82 von 2002 über den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums (Gesetz von 2002) unterrichtet, das ein Buch Vier „Sortenschutz“ enthält. Der Verordnungsentwurf, der dem Rat im Jahre 1999 vorgelegt wurde, ist daher nicht mehr relevant.

6. Am 25. April 2005 unterrichtete das Verbandsbüro die Regierung Ägyptens, daß Buch Vier „Sortenschutz“ des Gesetzes von 2002 oder etwaige Änderungen daran dem Rat zur Prüfung vorzulegen seien.

7. Im Jahr 2009 wurde das Verbandsbüro von der Regierung Ägyptens unterrichtet, daß Änderungen des Gesetzes über den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums geprüft würden und zu diesem Zweck die vorläufigen Bestimmungen des Buches Vier „Pflanzensorten“ ausgearbeitet worden sei.

8. Zwischen 2009 und 2014 leistete das Verbandsbüro der Regierung Ägyptens bei verschiedenen Gelegenheiten Unterstützung bei verschiedenen vorläufigen Bestimmungen von Buch Vier, um die grundlegenden Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens aufzunehmen.

9. Am 19. August und am 18. September 2014 erhielt das Verbandsbüro Mitteilungen des CASC betreffend eine konsolidierte Tabelle mit den vom CASC angenommenen Bestimmungen des Gesetzes von 2002 und den Änderungen an Buch Vier. Am 19. September 2014 teilte das Verbandsbüro dem CASC mit, daß die vorgelegten Änderungen an Buch Vier, vorbehaltlich der Aufnahme bestimmter weiterer Änderungen gemäß den Bemerkungen des Verbandsbüros von 2013, die grundlegenden Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens zu enthalten scheinen.

#### GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ NEUER PFLANZENSORTEN IN ÄGYPTEN NACH DER AKTE VON 1991

10. Der Schutz neuer Pflanzensorten nach der Akte von 1991 wird in Ägypten vom Gesetzentwurf nach dessen Annahme geregelt werden. Eine Analyse des Gesetzentwurfs folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

#### Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

11. Artikel 189 (bis) Nummer i und ii des Gesetzentwurfs enthält Begriffsbestimmungen von Züchter und Sorte, die jeweils den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Nummer iv und vi der Akte von 1991 entsprechen.

#### Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

12. Artikel 189 des Gesetzentwurfs sieht Sortenschutz vor für „innerhalb oder außerhalb Ägyptens abgeleitete Pflanzensorten, die entweder durch biologische oder nicht-biologische Verfahren entwickelt wurden“ entsprechend der grundlegenden Verpflichtung in Artikel 2 der Akte von 1991. Artikel 189 lautet folgendermaßen:

„Artikel 189

„Gemäß diesen Rechtsvorschriften wird Sortenschutz erteilt für innerhalb oder außerhalb Ägyptens abgeleitete Pflanzensorten, die entweder durch biologische oder nicht-biologische Verfahren entwickelt wurden, wenn sie im spezifischen Register geschützter Pflanzensorten verzeichnet sind.“

#### Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

13. Artikel 202 (bis 1) des Gesetzentwurfs sieht vor: „[D]ie Bestimmungen dieses Gesetzes sind auf alle Pflanzengattungen und -arten anwendbar.“ Dies ist mit Artikel 3 Absatz 2 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

14. Artikel 191 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Inländerbehandlung, die den Bestimmungen in Artikel 4 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

15. Artikel 192 des Gesetzentwurfs enthält die Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen von Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

16. Artikel 192 Absätze 2 und 3 des Gesetzentwurfs enthält eine Übergangsregelung für die Neuheit für „vor kurzem gezüchtete Sorten“ aufgrund von Artikel 6 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt:

„2) Ist dieses Gesetz auf eine Pflanzengattung- oder art anwendbar, auf die es zuvor nicht anwendbar war, so werden die Sorten, die dieser Pflanzengattung oder art angehören, so angesehen, daß sie die in Absatz 1 festgelegte Neuheitsvoraussetzung erfüllen, selbst wenn der Verkauf oder die Abgabe an andere, die in jenem Absatz beschrieben sind, im Hoheitsgebiet von Ägypten innerhalb von vier Jahren vor dem Tag der Einreichung oder, im Falle von Bäumen oder Rebe, innerhalb von sechs Jahren vor dem besagten Tag stattfand.

3) Die Bestimmung nach Absatz 2 dieses Artikels ist nur auf Anträge auf Erteilung des Züchterrechts anwendbar, die spätestens innerhalb eines Jahres, nachdem die Bestimmungen des Gesetzes auf die betreffenden Gattungen oder Arten angewandt werden, eingereicht werden.“

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

17. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

18. Die Artikel 192 (bis 1) des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen zum Prioritätsrecht, die den Bestimmungen in Artikel 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

19. Artikel 192 Absatz 7 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen in Artikel 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

20. Artikel 193 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen in Artikel 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Geltungsbereich des Züchterrechts

21. Artikel 194 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den Geltungsbereich des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 14 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

22. Artikel 195 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen in Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

23. Artikel 195 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zur freigestellten Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt:

„In Bezug auf Sorten aus einer Liste landwirtschaftlicher Arten, die keine Obst-, Zier oder Gemüsearten enthalten darf, wird das Züchterrecht nicht verletzt von Landwirten, die in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters, Erntegut, das sie aus dem Anbau einer geschützten Sorte oder einer in Artikel 194 Absatz 3 Buchstabe a Nummer i oder ii dieses Gesetzes erwähnten Sorte im eigenen Betrieb gewonnen haben, im eigenen Betrieb zum Zwecke der Vermehrung zu verwenden. Der angemessenen Rahmen und die Mittel zur Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters werden in der Durchführungsverordnung festgelegt.“

#### Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

24. Artikel 198 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 16 der Akte von 1991 entsprechen.

#### Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

25. Artikel 196 und 199 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 17 der Akte von 1991 entsprechen.

#### Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

26. Artikel 194 (bis) des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Regelung des Handels, die den Bestimmungen in Artikel 18 der Akte von 1991 entsprechen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

#### Artikel 14 Absatz 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

27. Artikel 193 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.

#### Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

28. Artikel 192 (bis) des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen betreffend Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen in Artikel 20 der Akte von 1991 entsprechen.

#### Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

29. Artikel 202 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 21 der Akte von 1991 entsprechen.

#### Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

30. Artikel 202 (bis) des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 22 der Akte von 1991 entsprechen.

#### Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

31. Hinsichtlich der Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel [vorzusehen], die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991), sehen die Artikel 203 bis 206 des Gesetzentwurfs Folgendes vor:

„Artikel 203

Vorbehaltlich weiterer schwererer Sanktionen nach anderen Gesetzen, wird die vorsätzliche Verletzung der Bestimmungen in diesem Buch mit einer Geldbuße von mindestens 10 000 Pfund und höchstens 50 000 Pfund bestraft.

Im Wiederholungsfall wird eine Gefängnisstrafe zwischen mindestens drei Monaten und höchstens einem Jahr sowie ein Bußgeld von mindestens 20 000 Pfund und höchstens 100 000 Pfund verhängt.

In jedem Fall werden inkriminiertes Saatgut und Vermehrungsmaterial konfisziert.

„Artikel 204

Auf Ersuchen einer betroffenen Partei, kann der Präsident des zuständigen Gerichts, das den Sachverhalt prüft, auf Antrag entscheiden, eine oder mehrere geeignete sichernde Maßnahmen anzuordnen, insbesondere:

- 1) Feststellung einer Verletzung von Sortenschutz
- 2) Erstellung eines detaillierten Inventars und detaillierter Beschreibung der rechtsverletzenden Produkte und Geräte, die für die Rechtsverletzung verwendet wurden oder verwendet werden könnten.
- 3) Beschlagnahmung aller unter Punkt 2 erfassten Artikel.

In jedem Fall kann der Präsident einen oder mehrere Sachverständige ernennen, um den Vollzugsbeamten dieser Maßnahmen zu unterstützen. Er kann vom Kläger verlangen, angemessene finanzielle Garantien zu hinterlegen.

Reicht der Kläger dem zuständigen Gericht den Klagegrund nicht innerhalb von 15 Tagen nach der Anordnung ein, wird die Anordnung gegenstandslos.“

„Artikel 205

Die betroffenen Parteien können gegebenenfalls innerhalb von 30 Tagen nach Datum der Herausgabe oder Veröffentlichung der Anordnung beim Präsidenten des Gerichts, das die Anordnung verhängt, Berufung einreichen. Der Präsident kann die Anordnung bestätigen oder ganz oder teilweise widerrufen gemäß den Regeln und Verfahren nach dem Gesetz für zivil- und handelsrechtliche Prozessverfahren.“

„Artikel 206

Durch einen Erlaß des Justizministeriums in Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsministerium werden Exekutivbeamte für die Umsetzung der in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen ernannt.“

32. Bezüglich der Verpflichtung nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 heißt es in Artikel 190 des Gesetzentwurfs folgendermaßen:

„Der Premierminister richtet eine Behörde ein, die als Sortenschutzamt bezeichnet wird. Diese Behörde ist dafür zuständig, Anträge auf Sortenschutz zu erhalten, zu prüfen und zu beurteilen gemäß den Regeln und Verfahren, die für die Entscheidung vorgeschrieben sind.“

33. Artikel 201 des Gesetzentwurfs entspricht der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie über die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

### Allgemeine Schlußfolgerung

34. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält der Gesetzentwurf die wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage, und sobald der Gesetzentwurf ohne Änderungen angenommen und das Gesetz in Kraft getreten ist, wird Ägypten in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

35. *Der Rat wird ersucht,*

*a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;*

*b) eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit der „Vorläufigen Bestimmungen des Buches Vier ‚Pflanzensorten‘ des Gesetzes Nr. 82 von 2002 über den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums“ („Gesetzentwurf“) Ägyptens mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von*

*Pflanzenzüchtungen zu treffen; nach der Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen und dem Inkrafttreten des Gesetzes kann die Ägypten ihre Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen, und*

*c) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung Ägyptens von dieser Entscheidung zu unterrichten.*

[Anlagen folgen]

SCHREIBEN AN DEN GENERALSEKRETÄR DER UPOV

CASC  
Zentrale Verwaltung für Saatgutprüfung und Zertifizierung

Ägypten  
Ministerium für Landwirtschaft und Landgewinnung  
Giza

3. November 2014

z.Hd. Herrn Dr. Francis Gurry  
Generalsekretär  
Internationaler Verband zum Schutz von  
Pflanzenzüchtungen (UPOV)  
34, Chemin des Colombettes  
CH-1211 Genf 20

Sehr geehrter Herr Gurry,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, daß Ägypten dabei ist, den Gesetzentwurf Buch Vier „Sortenschutz“ zu verabschieden.

Ägypten hat die Absicht, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen) beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens wäre ich dankbar, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs Buch Vier „Sortenschutz“ Ägyptens mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen würde.

Hochachtungsvoll,

Ahmed Agiba  
Leiter der Zentralen Verwaltung für Saatgutprüfung und Zertifizierung (CASC)

[Anlage II folgt]

[In English only / En anglais seulement /  
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]

**Draft provisions of Book Four  
"Plant Variety Protection"  
of Law 82 year 2002**

**Article 189**

Under the provisions of this Law, protection is granted to plant varieties, derived inside or outside Egypt, whether developed through biological or non-biological means, when registered in the special register of protected plant varieties.

**Article 189 (bis)**

For the purposes of this Law:

(i) "breeder" means

- the person who bred, or discovered and developed, a variety,
  - the person who is the employer of the aforementioned person or who has commissioned the latter's work, or
  - the successor in title of the first or second aforementioned person, as the case may be;

(ii) "variety" means a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which

- grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder's right are fully met, can be
- defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes,
  - distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics and
  - considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged.

**Article 190**

The Prime Minister shall establish an office to be known as the Office of Plant Variety Protection. The Office shall be competent to receive, examine and decide on applications submitted for the protection of plant varieties, in accordance with the rules and procedures stipulated in the establishment decision.

**Article 191**

Without prejudice to international conventions in force in Egypt, any natural person or legal entity, Egyptian or foreign, belonging to, domiciled or active in a country or an organization that is a member of the World Trade Organization, a member of the International Union for the Protection of New Varieties of Plants (UPOV) or that applies reciprocity to Egypt, shall have the right to protection of plant varieties as prescribed in this Book.

**Article 192**

To be eligible for protection a variety shall be new, distinct, uniform, stable and shall be subject of a denomination.

- 1) The variety shall be deemed to be new if, at the date of filing of the application for a breeder's right, propagating or harvested material of the variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the variety
  - (i) in the territory of Egypt earlier than one year before the date of filing of the application and
  - (ii) in a territory other than that of Egypt earlier than four years or, in the case of trees or of vines, earlier than six years before the said date.
- 2) Where this Law applies to a plant genus or species to which it did not previously apply, varieties belonging to such plant genus or species shall be considered to satisfy the condition of novelty defined in paragraph (1) even where the sale or disposal to others described in that paragraph took place in the territory of the Egypt within four years before the filing date or, in the case of trees or of vines, within six years before the said date.
- 3) The provision under paragraph 2 of this Article, shall only apply to applications for protection of the breeder's right filed within one year, at the latest, after the provisions of the Law apply to the genera or species.
- 4) The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application. In particular, the filing of an application for the granting of a breeder's right or for the entering of another variety in an official register of varieties, in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common



knowledge from the date of the application, provided that the application leads to the granting of a breeder's right or to the entering of the said other variety in the official register of varieties, as the case may be.

5) The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

6) The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

7) Any decision to grant a breeder's right by the Office of Plant Variety Protection shall require an examination for compliance with the conditions

In the course of the examination, the Office of Plant Variety Protection may grow the variety or carry out other necessary tests, cause the growing of the variety or the carrying out of other necessary tests, or take into account the results of growing tests or other trials which have already been carried out. For the purposes of examination, the Office of Plant Variety Protection may require the breeder to furnish all the necessary information, documents or material.

#### **Article 192 (bis)**

The variety shall be designated by a denomination which will be its generic designation.

(i) Subject to subparagraph (iv) of this Article, no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination in connection with the variety, even after the expiration of the breeder's right.

(ii) The denomination must enable the variety to be identified. It may not consist solely of figures except where this is an established practice for designating varieties. It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder. In particular, it must be different from every denomination which designates, in the territory of any member of UPOV, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.

(iii) The denomination of the variety shall be submitted by the breeder to the Office of Plant Variety Protection. If it is found that the denomination does not satisfy the requirements of subparagraph (ii), the Office of Plant Variety Protection shall refuse to register it and shall require the breeder to propose another denomination within a prescribed period. The denomination shall be registered by the Office of Plant Variety Protection at the same time as the breeder's right is granted.

(iv) Prior rights of third persons shall not be affected. If, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance with the provisions of subparagraph (vii), is obliged to use it, shall require the breeder to submit another denomination for the variety.

(v) A variety must be submitted to all members of UPOV under the same denomination. The Office of Plant Variety Protection shall register the denomination so submitted, unless it considers the denomination unsuitable. In the latter case, it shall require the breeder to submit another denomination.

(vi) The Office of Plant Variety Protection ensures that the authorities of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations. Any authority may address its observations, if any, on the registration of a denomination to the Office of Plant Variety Protection.

(vii) Any person who offers for sale or markets propagating material of a variety protected within the territory of Egypt is obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, except where, in accordance with the provisions of subparagraph (iv), prior rights prevent such use.

(viii) When a variety is offered for sale or marketed, it is permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination. If such an indication is so associated, the denomination must nevertheless be easily recognizable.

#### **Article 192 (bis 1)**

1) The breeder who has duly filed an application for the protection of a variety in one of the members of UPOV (first application) is entitled to enjoy the right of priority if he files a subsequent application for the protection of the same variety before the Office of Plant Variety Protection of Egypt within a period of 12 months following the date of filing of the first application.

2) The priority shall be computed as from the date filing of the first application. The date of filing shall not be included in the priority period.

3) In order to benefit from the right of priority, the breeder shall, in the subsequent application, claim such priority.

4) The Office of Plant Variety Protection shall require the breeder to furnish, within a period of three months from the filing date of the application, a copy of the documents which constitute the first application, certified to be a true copy by the authority with which that first application was filed, and samples or other evidence that the variety which is the subject matter of both applications is the same.

5) The breeder shall be allowed a period of two years after the expiration of the period of priority or, where the first application is rejected or withdrawn, an appropriate time, after such rejection or withdrawal, in which to furnish, to the Office of Plant Variety Protection, any necessary information, document or material required for the purpose of the examination.

Events occurring within the period provided for in paragraph (1), such as the filing of another application or the publication or use of the variety that is the subject of the first application, shall not constitute a ground for rejecting the subsequent application. Such events shall also not give rise to any third-party right.

#### **Article 193**

The term of protection for plant varieties shall be 25 years for trees and vines and 20 years for other crops.

The term of protection shall run from the date of the granting the right.

Nevertheless, provisional measures are provided to safeguard the interests of the breeder during the period between the date of the publication of the application and the grant of the title. During that period, the holder of a breeder's right is entitled to equitable remuneration from any person who, during the said period, has carried out acts which, once the right is granted, require the breeder's authorization as provided in Article 194.

#### **Article 194**

(1) (a) Subject to Articles 195 and 198, the following acts in respect of the propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder:

production or reproduction (multiplication), conditioning for the purpose of propagation, offering for sale, selling or other marketing, exporting, importing, stocking for any of the purposes mentioned in this paragraph.

(b) The breeder may make his authorization subject to conditions and limitations.

(2) Subject to Articles 195 and 198, the acts referred to paragraph (1)(a) in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorized use of propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said propagating material.

(3) (a) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall also apply in relation to:

(i) varieties which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety

(ii) varieties which are not clearly distinguishable from the protected variety ,

(iii) varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.

(b) For the purposes of subparagraph (a)(i), a variety shall be deemed to be essentially derived from another variety ("the initial variety") when

(i) it is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety,

(ii) it is clearly distinguishable from the initial variety and

(iii) except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

(c) Essentially derived varieties may be obtained for example by the selection of a natural or induced mutant, or of a somaclonal variant, the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing, or transformation by genetic engineering

#### **Article 194 bis**

The breeder's right is independent of any measure to regulate the production, certification and marketing of material of varieties or the importing or exporting of such material. In any case, such measures shall not affect the application of the provisions of this Law.

#### **Article 195**

The breeder's right shall not extend to:

(a) acts done privately and for non-commercial purposes,

(b) acts done for experimental purposes

(c) acts done for the purpose of breeding other varieties, and, except where the provisions of Article 194 (3) apply, acts referred to in Article 194 (1) and (2) in respect of such other varieties.

In relation to varieties included in a list of agricultural crops, which shall not include fruits, ornamentals or vegetables, the breeder's right shall not be infringed by farmers who, within reasonable limits and subject to

the safeguarding of the legitimate interests of the breeder, use for propagating purposes, on their own holdings, the product of the harvest which they have obtained by planting, on their own holdings, the protected variety or a variety covered by Article 194 (3)(a)(i) or (ii) of this Law, The reasonable limits and the means of safeguarding the legitimate interests of the breeder shall be specified in the Executive Regulations

**Article 196**

For reasons of public interest, the Office of Plant Variety Protection is entitled, upon the proposal of the Minister of Agriculture and the approval of a ministerial committee established as per decision issued by the Prime Minister, grant compulsory licenses whereby a third party is authorized to perform any act for which the breeder's authorization is required as provided in Article 194. In such a case, the breeder is entitled to an equitable remuneration.

**Article 197**

In accordance with the provisions of Article 196, the licensee shall, during the period of the license, abide by the conditions of the license and shall not assign the license to a third party or prejudice other rights of the breeder.

The license shall lapse at the end of its duration or where the licensee does not comply with any of the terms of the license

**Article 198**

(1) The breeder's right shall not extend to acts concerning any material of the protected variety, or of a variety covered by the provisions of Article 194 (3), which has been sold or otherwise marketed by the breeder or with his consent in the territory of Egypt, or any material derived from the said material, unless such acts

- involve further propagation of the variety in question or
- involve an export of material of the variety, which enables the propagation of the variety, into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

(2) For the purposes of paragraph (1), "material" means,

- propagating material of any kind,
- harvested material, including entire plants and parts of plants, and
- any product made directly from the harvested material.

(3) For the purposes of paragraph (1), where the regulations of a regional organization of which Egypt is a member so require, acts done on the territories of the States members of that regional organization are considered to be done on the territory of Egypt

**Article 199**

The Minister of Agriculture is entitled, upon the recommendation of the ministerial committee referred to in Article 196, first paragraph, of the present law, to limit the exercise of the breeder's right provided for in this law with the aim of safeguarding the public interest. In such a case, the breeder is entitled to equitable remuneration.

**Article 200**

**Cancel Article 200 of the law**

**Article 201**

The Office of Plant Variety Protection shall issue the breeder's right certificate in accordance with the procedures prescribed by the Executive Regulations of the present law, against a fee prescribed therein, but not exceeding five thousand pounds. An annual fee shall be payable during the protection period, and it shall increase gradually as from the beginning of the second year. The Executive Regulations shall determine rates of such a fee where it may not exceed one thousand pounds per year. The applicant for the certificate shall pay for examination, tests and experience to be proved by the Office or entities it cooperates with. The Executive Regulations shall determine the rules and procedures for collecting such payment.

The Office of Plant Variety Protection shall publish, at the expense of the breeder, in a monthly gazette issued by the Office, information concerning:

Applications and grant of breeders' rights, and proposed and approved denominations.

Where an application is rejected, the applicant shall be informed of the rejection decision and the reasons thereof. Any interested party may, within 60 days from the publication date or the date of notification,

oppose the decision to grant a breeder's right certificate or to reject an application for the protection of a plant variety, as may be the case.

The Regulations shall prescribe the rules and procedures for the notification, examination of the appeal and the decision thereon.

#### **Article 202**

(1) The breeder's right shall be declared null and void when it is established

(i) that the conditions laid down in Articles 192 paragraphs (1) to (4) were not complied with at the time of the grant of the breeder's right,

(ii) that, where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the breeder, the conditions laid down in Article 192 paragraphs (5) and (6) were not complied with at the time of the grant of the breeder's right, or

(iii) that the breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to the person who is so entitled.

(2) No breeder's right shall be declared null and void for reasons other than those referred to in paragraph (1).

(3) This decision shall be notified to the concerned parties in a registered letter with acknowledgement of receipt, and may be appealed within 60 days from the date of notification.

The Minister of Agriculture shall issue a decision establishing the rules and procedures for examination and settlement of the appeal.

#### **Article 202 (bis)**

(a) The breeder's right shall be cancelled if it is established that the conditions laid down in Article 192 paragraphs (5) and (6) are no longer fulfilled.

(b) Furthermore, the breeder's right shall be cancelled if, after being requested to do so and within the prescribed period:

(i) the breeder does not provide the Office of Plant Variety Protection with the information documents or material necessary for verifying the maintenance of the variety. The Executive Regulations shall prescribe such information, documents or material and the rules and procedures to be followed.

(ii) the breeder does not pay the fees and expenses payable to keep his right in force, or

(iii) the breeder does not propose another suitable denomination, where the denomination of the variety is cancelled after the grant of the right.

The provisions of paragraphs 3 and 4 of Article 202 of the Intellectual Property Rights Law shall apply to notify the concerned party of the cancellation decision, the rules and procedures of examining and deciding the complaint against the decision.

#### **Article 202 (bis 1)**

The law shall be applied to all plant genera and species.

#### **Article 203**

Without prejudice to any more severe punishment under any other law, deliberate violation of the provisions contained in this Book shall be punishable by a fine of not less than 10,000 pounds and not more than 50,000 pounds.

In case of repetition, the punishment shall be an imprisonment for a period of not less than three months and not more than one year and a fine of not less than 20,000 pounds and not more than 100,000 pounds.

In all cases, the incriminated seeds and the propagating materials shall be confiscated.

#### **Article 204**

Upon the request of any concerned party, the president of the competent court considering the merits of the case, may issue a decision, by petition, to order one or more of the appropriate conservatory measures, and in particular:

(1) Establishing infringement of a protected right.

(2) Drawing a detailed inventory and detailed description of the infringing products and the implements used or may be used in the infringement.

(3) Seizure of all articles stated in item 2.

In all cases, the president may designate one or more experts to assist the bailiff in charge of the execution of such measures. He may require the applicant to deposit an appropriate financial security.

Where the applicant fails to submit the merits of the case to the competent court, within 15 days following the date of the order, such order shall cease to have effect.

**Article 205**

The concerned parties may, within 30 days from the date of issue or publication of the order, as may be the case, appeal to the president of the court who issued that order. The president may confirm or revoke the order totally or partly, in accordance with the rules and procedures provided for under the law of civil and commercial proceedings.

**Article 206**

The Minister of Justice, in agreement with the Minister of Agriculture, shall issue a decision designating law enforcement officers for the purpose of implementing the provisions contained in this Book.

[End of Annex II and of document/  
Fin de l'annexe II et du document/  
Ende der Anlage II und des Dokuments/  
Fin del Anexo II y del documento]